

- 15-O-Nr. 3008/1964(W)  
O 1489 B - Ra 5632 - BV 41 -  
Verkündet am 10. November 1967

Rüper  
als Urkundsbeamtin  
der Geschäftsstelle

# BESCHLUSS

T e i l -

In der Rückerstattungssache  
der Frau Gretel P i c k , geb. Marx,  
geboren am 14.11.1913,  
wohnhaft 2333 Davidson Ave., New York 68, N.Y./USA.,  
Antragstellerin,  
Prozeßbevollmächtigte: United Restitution Organization  
(URO), Hannover, Klagesmarkt 10/11,  
gegen  
das Deutsche Reich, Antragsgegner,  
dieses gemäß § 9 Bundesrückerstattungsgesetz (BRUG)  
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, Bonn;  
dieser in Bremen vertreten durch die Oberfinanzdirektion  
Bremen, Bundesvermögens- und Bauabteilung,  
Prozeßbevollmächtigter: Regierungsrat Wank in Bremen,  
hat das Landgericht Bremen, Wiedergutmachungskammer,  
auf die mündliche Verhandlung vom 13. Oktober 1967  
durch die Richter  
Landgerichtsrat Voss  
Landgerichtsrätin Denecke  
Gerichtsassessor v. Feldmann  
beschlossen:  
Der Antragsgegner wird verurteilt,  
an die Antragstellerin für den Entzug von zwei Kisten  
Umzugsgut rückerstattungsrechtlichen Schadensersatz  
in Höhe von DM 2 600,-- zu zahlen.  
Wegen des weitergehenden Anspruchs sowie wegen der  
Kosten bleibt die Entscheidung dem Schlußbeschuß  
vorbehalten.  
Der Beschluß ist vorläufig vollstreckbar.





G r ü n d e .

Die Antragstellerin ist aus Verfolgungsgründen nach England ausgewandert und hat durch ihre Mutter im April 1939 insgesamt 5 Kisten Auswanderungsgut von Stuttgart über Bremen zum Versand bringen lassen. Zwei der Kisten hat die Antragstellerin an sich weiterleiten lassen und auch erhalten. Für die restlichen Kisten hat sie das Lagergeld für zwei Jahre bezahlt. Diese sind von der Firma Schenker & Co. am 18. Juni 1939 im Bremer Freihafen in Schuppen 2 unter Zeichen MM 1/3 eingelagert worden. Laut Karteikarte der Bremer Lagerhausgesellschaft ist eine der Kisten am 14. Juli 1939 ausgeliefert worden, während zwei Kisten am 2. Januar 1941 durch Fliegerangriff vernichtet worden sind.

Die Antragstellerin macht rückerstattungsrechtlichen Schadensersatzanspruch wegen des Inhalts der drei Kisten geltend. Alle drei Kisten seien vor der Ausbombung vom Antragsgegner beschlagnahmt gewesen. Das Umzugsgut jüdischer Auswanderer sei nicht erst mit Erlass der 11.VO zum Reichsbürgergesetz vom 15.11.1941 der allgemeinen Beschlagnahme anheimgefallen, sondern bereits seit August 1940, wie das Oberste Rückerstattungsgericht in Berlin entschieden habe. Der Inhalt der Kisten habe einen Wert von DM 7 000,-- gehabt. Ein Teil sei zum Zwecke der Auswanderung neu angeschafft worden.

Der Antragsgegner bestreitet die Neuanschaffung. Es könne auch nicht von einer eigentümerähnlichen Stellung des Deutschen Reichs im Augenblick der Ausbombung ausgegangen werden, da weder eine Einzelbeschlagnahme bezüglich des in Rede stehenden Guts vorgenommen worden sei noch in Bremen vor dem Erlass der 11. VO zum Reichsbürgergesetz eine allgemeine Beschlagnahme vorgelegen habe.

Da eine gütliche Einigung zwischen den Parteien nicht zu erzielen war, hat das Landesamt für Wiedergutmachung Bremen die Sache gemäß Art. 63 Ziff. 1 des Gesetzes Nr. 59 der amerikanischen Militärregierung durch Beschluß vom 29. Januar 1964 an das erkennende Gericht verwiesen.



Unter Wiederholung ihres Vorbringens hat die Antragstellerin beantragt,

den Antragsgegner zur Leistung von Schadensersatz für die in ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 19. Februar 1963 aufgeführten Gegenstände zu verurteilen.

Der Antragsgegner hat beantragt,

den Anspruch abzuweisen.

Er hat erklärt, daß die vom Obersten Rückerstattungsgericht in Berlin für Hamburg aufgestellten Grundsätze für Bremen unanwendbar seien, da in Bremen vor Erlass der 11. VO zum Reichsbürgergesetz Beschlagnahmen immer nur durch Einzelverfügungen erfolgt seien, wie sich aus den bei Bremer Spediteuren noch vorhandenen Unterlagen ergebe, und eine solche Einzelverfügung sich nicht feststellen lasse. Im übrigen könne vor dem Erlass des Reichssicherhauptamtes vom 16.1.1941 auch nur von einer listenmäßigen Erfassung auf Grund des Erlasses des Reichssicherhauptamtes vom 1. August 1940 die Rede sein.

Durch Beschluß des erkennenden Gerichts vom 25. März 1964, auf dessen Gründe verwiesen wird, ist der Antrag der Antragstellerin als unbegründet zurückgewiesen worden.

Auf die sofortige Beschwerde der Antragstellerin vom 25. Juni 1964 hat das Hanseatische Oberlandesgericht Bremen den angefochtene Beschuß durch Beschluß vom 22. April 1965, auf dessen Gründe wegen der Einzelheiten ebenfalls Bezug genommen wird, aufgehoben und die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das erkennende Gericht zurückverwiesen. Insbesondere hat das Hanseatische Oberlandesgericht gerügt, daß das erkennende Gericht seine Aufklärungspflicht verletzt habe. Es hätte das dem Antragsgegner vorliegende Material - Ergebnis seiner Umfrage bei den Bremer Spediteuren hinsichtlich der Frage der Beschlagnahmen vor November 1941 - selbst prüfen, zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung machen und der Antragstellerin Gelegenheit zur Stellungnahme geben müssen. Ferner sei es nötig gewesen, bei den Bremer Spediteuren Ermittlungen darüber anzustellen, ob nicht schon vor Erlass der 11. VO zum Reichsbürgergesetz und insbesondere 1939/40 das Deutsche Reich sich die Verfügungsmacht über Auswandrergut jüdischer Emigranten verschafft hat. Schließlich sei



die Einholung einer Auskunft vom Institut für Zeitgeschichte darüber angebracht, ob inzwischen weitere generelle Maßnahmen, die auf die Einziehung des in Deutschland verbliebenen Vermögens jüdischer Emigranten zielten, bekanntgeworden seien.

Die Antragstellerin erklärt erneut, daß auch in Bremen bereits vor Erlaß der 11. DV zum Reichsbürgergesetz und vor der Ausbombung des streitigen Gutes sich das Deutsche Reich allgemein die Verfügungsgewalt über Auswanderergut jüdischer Emigranten zumindest dadurch angemäßt habe, daß eine allgemeine Anmeldepflicht für die Spediteure bestanden und dann die Gestapo über das weitere Schickssal des Gutes bestimmt habe.

Die Antragstellerin beantragt,

den Antragsgegner zu verurteilen,  
Schadensersatz zu leisten für die in ihrer  
eidesstattlichen Versicherung vom 19. Februar 1963  
aufgeführten Gegenstände, und zwar unter Berücksichtigung des Gutachtens des Sachverständigen  
Pötzel vom 11. Juli 1967.

Der Antragsgegner beantragt,

den Anspruch abzuweisen.

Er verbleibt dabei, daß von einer allgemeinen Beschlagnahme bezüglich des Auswandererguts jüdischer Emigranten erst mit Erlaß der 11. DV zum Reichsbürgergesetz gesprochen werden könne. Zu einem früheren Zeitpunkt habe sich in Bremen keine Dienststelle des Deutschen Reichs eine eigentümerähnliche Stellung, Verfügungsmacht o.ä. im Sinne von § 2 a BRUG generell angemäßt.

Wegen des weiteren Vorbringens der Parteien wird auf den vorgetragenen Inhalt ihrer Schriftsätze nebst Anlagen verwiesen.

Dem Gericht hat die Behördenakte Rü 5632 und das Material vorgelegen, das der Antragsgegner auf Grund einer Anfrage bei verschiedenen Bremer Spediteuren über die Behandlung von Umzugsgut jüdischer Emigranten vor der 11. DV zum Reichsbürgergesetz gesammelt hat. Ferner hat das Gericht die Akte der Firma F.W. Neukirch, <sup>bezeugen</sup> die der Zeuge Vortmann, damaliges Vorstandsmitglied dieser Firma, nach dem Kriege aus noch vorhanden gewesenen Akten zu-



sammengestellt und <sup>in der</sup> ~~darin~~ das Schicksal einzelner Umzugsgüter jüdischer Emigranten festgehalten hat. Sie waren Gegenstand der mündlichen Verhandlung.

Das Gericht hat ferner beigezogen die Auskünfte vom Institut für Zeitgeschichte vom 11. November 1965, vom Bundesarchiv in Koblenz vom 3. März 1966 (nebst Anlagen), vom Hauptzollamt Bremerhaven vom 9. März 1966, vom Archiv für Wiedergutmachungssachen bei dem Landgericht Berlin vom 23. März 1966 nebst dem Beschluß des Obersten Rückerstattungsgerichts für Berlin vom 23. 10. 1961 - Aktenzeichen ORG/A 1493 -. Diese Unterlagen waren Gegenstand der mündlichen Verhandlung.

Das Gericht hat ferner Beweis erhoben durch Vernehmung der Zeugen Voertmann, Hölzer, Anthony, Meyer, Hübner, Müller und Falk. Insoweit wird auf die Vernehmungsniederschriften des Amtsgerichts Witten vom 2.3.1966 und 22.2.1967 und des erkennenden Gerichts vom 13.5.1966 und 14.10.1966, ferner auf die von Zeugen Falk übergebenen Unterlagen, die ebenfalls Gegenstand der mündlichen Verhandlung waren, verwiesen.

Das Gericht hat schließlich Beweis erhoben über den Wiederbeschaffungswert des Umzugsguts. Insoweit wird auf das Gutachten des Sachverständigen Pötzel vom 11. 7. 1967 Bezug genommen.

Der Antrag der Antragstellerin ist endentscheidungsreif, soweit er die beiden am 2. Januar 1941 durch Fliegerangriff vernichteten Kisten betrifft. Insoweit ist daher gemäß Art. 67 Mil-RegG Nr. 59 Erlaß eines Teilbeschlusses angebracht, während im übrigen die Sache wegen der 3. laut Karteikarte der Lagerhausgesellschaft am 14.7.1939 ausgelieferten Kiste noch weiterer Aufklärung bedarf.

Hinsichtlich der beiden vernichteten Kisten ist der Antrag begründet. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ist davon auszugehen, daß das Deutsche Reich sich im Augenblick der Vernichtung entgegen rechtsstaatlichen Grundsätzen die Verfügungsmacht im Sinne von § 2a BRUG angemaßt hatte.



Zwar haben die Auskünfte des Instituts für Zeitgeschichte, vom Bundesarchiv in Koblenz, Hauptzollamt in Bremerhaven und vom Archiv für Wiedergutmachungssachen bei dem Landgericht in Berlin a.a.O. keine neuen objektiven Unterlagen erbracht, auf Grund derer auf eine generelle Maßnahme des Deutschen Reichs im Sinne von § 2a BRUG auch in Bremen bereits vor Erlass der 11. DV zum Reichsbürgergesetz geschlossen werden könnte. Eine dahingehende Überzeugung läßt sich auch aus den vom Antagsgegner zusammengestellten Auskünften der Bremer Speditionsfirmen a.a.O. nicht gewinnen, Wenn auch beispielsweise die Firma Hagens, Anthony & Co. von einer Beschlagnahme durch die Gestapo schon alsbald nach Ausbruch des Krieges spricht. Wenn die so formulierte Auskunft auch auf eine generelle Maßnahme hindeutet, so genügt das allein nicht, um eine derartige Feststellung zu treffen, zumal die übrigen Firmen - ausgenommen Max Grünhut - keinen vor der Ausbombung des fraglichen Gutes liegenden Zeitpunkt kennen. Die Auskunft der Firma Max Grünhut, wonach die ersten Beschlagnahmen Anfang 1941 erfolgt sein sollen, deutet eher auf Einzelmaßnahmen als auf eine generelle Maßnahme hin.

Im übrigen hat aber die Beweisaufnahme durch die Vernehmung der Zeugen a.a.O. ergeben, daß sich eine bereits im Zeitpunkt der Ausbombung erfolgte Beschlagnahme der hier interessierenden 2 Kisten Umzugsgut infolge einer damals schon erfolgten generellen Maßnahme im Sinne von § 2a BRUG nicht ausschließen läßt, vielmehr wahrscheinlich ist. Zwar lassen sich die Aussagen des Zeugen Voertmann a.a.O. dahin zusammenfassen, daß nach seiner Überzeugung Beschlagnahmen vor Erlass der 11. DV zum Reichsbürgergesetz nur durch Einzelverfügungen erfolgt sind, und zwar bis Mitte 1941 nur vereinzelt. Wie der Zeuge weiter ausführt, hat es sich selbst nach Mitte 1941 immer nur um Einzelverfügungen gehandelt, wenn diese dann auch in so starkem Maß erfolgt sind, daß sie einer allgemeinen Beschlagnahme zwar gleichkamen, eine solche aber doch nicht erfolgte. Der Zeuge Voertmann ist nicht nur absolut glaubwürdig, seiner Aussage ist auch deswegen eine gegenüber den anderen Zeugen unverhältnismäßig große Bedeutung beizumessen,



weil er sich unmittelbar nach dem Krieg mit dem Schicksal von Umzugsgut jüdischer Emigranten befaßt hat und das Ergebnis seiner Ermittlungen in der Akte der Firma Neukirch a.a.O. niedergelegt hat. Damit ist ~~nicht nur~~ <sup>wesentlich</sup> seine Erinnerung besser, als es heute im allgemeinen bezüglich der Vorgänge aus jener Zeit der Fall zu sein pflegt. ~~Seiner Aussage kommt in Verbindung mit seinen Zusammenstellungen in o.a. Akte fast die Bedeutung eines Urkundenbeweises zu.~~

Dennoch ist, worauf die Antragstellerin zutreffend hinweist, selbst bei diesem Zeugen nicht auszuschließen, daß seine Erinnerung einem Irrtum unterliegt. In der Tat hat der Zeuge in der vom ihm zusammengestellten Akte a.a.O. auf S. 26 bei dem Umzugsgut Salomonson festgehalten, daß dieses auf Grund eines allgemeinen Verfügungsverbots - schon 1940 - nicht mehr versendet werden konnte, und auf S. 34 bei dem Umzugsgut Friedmann, daß dem Versand dieses Guts - bereits 1940 - ein mündliches Generalverbot der Gestapo entgegengestanden habe. Zwar ist der Zeuge Voertmann auch bei Vorhalt seiner eigenen schriftlichen Notizen bei seiner Aussage verblieben, daß zu jener Zeit keine generelle Beschlagnahme bestanden habe. Auch hat er eine nach seiner festen Überzeugung sicher richtige Erklärung dafür gegeben, daß trotz o.a. Vermerke in jener Zeit noch keine generelle Maßnahme in dem hier interessierenden Sinne existiert habe. Wenn er dazu erklärt, daß das "allgemeine Verfügungsverbot" eine Versendung ins feindliche Ausland betraf und ihm bei dem Ausdruck "mündliches Generalverbot der Gestapo" ein Versehen unterlaufen sei, weil es sich dabei allenfalls um ein fernmündlich erteiltes spezielles Verbot gehandelt haben könne, so mag das richtig sein, zumal der Zeuge zu jener Zeit nicht wissen konnte, daß es auf die Wahl der Worte einmal würde entscheidend ankommen können. Jedoch sind damit nicht alle zugunsten der Klägerin sprechenden Zweifel ausgeräumt. Bei dieser Sachlage gewinnen aber die Aussagen der übrigen Zeugen an Bedeutung. Das gilt insbesondere für die Aussage des Zeugen Falk, weil dieser sich zur Unterstützung seines Gedächtnisses ebenfalls noch aus jener Zeit stammender, durch den Krieg nicht vernichteter und von ihm zur Akte gegebener Urkunden bedienen konnte.



Durch diese gewinnt seine Aussage, daß er bis zu seiner Einziehung zur Wehrmacht etwa April 1941 keine Gestapo-Maßnahme, insbesondere also keine auf Grund einer allgemeinen Anordnung, erlebt habe, an Überzeugungskraft. Bei diesen Urkunden handelt es sich in der Tat um von der Gestapo im Wege der Einzelverfügung getroffene Sicherstellungen genau bezeichnete Güter jüdischer Emigranten. Diese Urkunden, die aus der Zeit zwischen dem 19. Mai 1941 und dem 16. Oktober 1941 stammen, sprechen stark für den Antragsgegner und seine Behauptung, daß in der hier interessierenden Zeit in Bremen noch keine allgemeine Anordnung bestanden habe. Das gilt um so mehr, als die Gestapo zur Begründung ihrer einzelnen Sicherstellungen auf die VO des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933 beruft und keiner der Erlasse und Schnellbriefe angeführt wird, die das Oberste Rück-<sup>r</sup>erstattungsgericht a.a.O. veranlaßt haben, bereits seit August 1940 eine generelle Erfassung und Verwertung von Umzugsgut jüdischer Auswanderer anzunehmen. Wenn auch in Bremen bereits seit jener Zeit generelle Maßnahmen ergriffen sein würden, würde es naheliegen, anzunehmen, daß in den vom Zeugen Falk übergebenen Urkunden ebenfalls auf o.a. Erlasse und Schnellbriefe verwiesen worden wäre, wenn nicht überhaupt an jeden Spediteur nur eine einzige Verfügung betreffend sämtliche dort auf Lager gehaltene Güter ergangen wäre. Der Umstand, daß ~~beides~~ <sup>beides</sup> nicht geschehen ist, ist ein weiteres starkes Indiz gegen die Annahme einer bereits damals erfolgten generellen Maßnahme. Dennoch läßt sich diese, von der dann auch das streitige Gut im Zeitpunkt der Ausbombung bereits erfaßt - im Sinne von § 2a BRUG - gewesen ist, nicht ausschließen. Zwar haben auch die Zeugen Anthony, Meyer und Frau Hübner ausgesagt, daß Beschlagnahmen nur durch Einzelverfügungen erfolgt seien und ihnen eine generelle Beschlagnahme nicht bekannt geworden sei, und das Gericht hat keinen Zweifel, daß auch diese Zeugen ihre Aussagen nach bestem Wissen wahrheitsgemäß gemacht haben. Dennoch reichen auch diese Aussagen zusammen mit den oben erörterten und gegen eine generelle Maßnahme sprechenden Indizien zur entsprechenden Überzeugung des Gerichts nicht aus. Auf Grund der Aussagen der Zeugen Hölzer und Rena Müller sieht das Gericht



sich vielmehr außerstande, eine generelle Maßnahme des Deutschen Reichs auch in Bremen bereits vor dem 2. Januar 1941, durch die es sich die Verfügungsmacht angemaßt hat im Sinne von § 2a BRÜG. auszuschließen. Der Zeuge Hölzer hat zunächst ganz unbefangen und spontan ausgesagt, daß nicht lange nach Kriegsausbruch schriftlich durch ein Schriftstück der Gestapo oder einer beauftragten Stelle, in dem die jüdischen Güter nicht einzeln bezeichnet gewesen seien, alle jüdischen Umzugsgüter beschlagnahmt worden seien. Wie der Zeuge zunächst meinte, sei das noch im Jahre 1939 gewesen. Wenn der Zeuge auch nach Erörterung der Sache und Hinweis auf den Zeitpunkt des Erlasses der 11. DV zum Reichsbürgergesetz seine Aussage dahin eingeschränkt hat, daß die allgemeine Beschlagnahmeverfügung vielleicht erst 1940 erfolgt sei, so besteht doch keine Veranlassung, an der Zuverlässigkeit des Erinnerungsvermögens des Zeugen zu zweifeln. Der Zeuge hat seine Aussage sehr sicher gemacht, und die kleine Korrektur zeigt nur, daß der Zeuge sich redlich bemüht hat, wahrheitsgemäß auszusagen.

Diese Aussage des Zeugen Hölzer wird bestätigt durch die der Zeugin Müller, die ebenfalls schon in ihrer ersten Darstellung, als ihr noch nicht bewußt war, daß es auf den Zeitpunkt entscheidend ankam, diesen mit 1940 als denjenigen angegeben hat, zu dem eine schriftliche Anordnung der Gestapo allgemein die Beschlagnahme von Emigrantengut anordnete. Zur Unterstützung ihres Gedächtnisses diente der Zeugin der Frankreichfeldzug, und sie meinte, die allgemeine Beschlagnahme sei vorher gewesen. Im späteren Verlauf ihrer Vernehmung und nachdem Vorhalte gemacht und Fragen gestellt worden waren, ist die Zeugin zwar hinsichtlich des Zeitpunktes unsicher geworden, und sie meinte dann, daß die allgemeine Beschlagnahme wohl doch erst 1941 gewesen sei. Jedoch wußte die Zeugin mit aller Sicherheit, daß alle Güter erfaßt worden seien und keine Einzelverfügungen ergangen sind. Wie sie weiter wußte, war bereits vor der Beschlagnahme durch die Oberfinanzdirektion eine solche durch die Gestapo erfolgt. Das aber bedeutet, daß eine Beschlagnahme bereits vor dem Erlaß der 11. DV zum Reichsbürgergesetz, also bereits vor November 1941, erfolgt war; denn



die Oberfinanzdirektionen sind erstmalig auf Grund letzterer VO im hier interessierenden Sinne tätig geworden.

Bei Würdigung des gesamten Ermittlungsergebnisses kann nicht zur Überzeugung des Gerichts festgestellt werden, daß im entscheidenden Zeitpunkt noch keine allgemeine Beschlagnahme und damit Anmaßung einer Verfügungsmacht erfolgt war. Sehr viel wahrscheinlicher ist es nach Überzeugung des Gerichts vielmehr, daß die streitigen 2 Kisten im Augenblick der Vernichtung durch Kriegseinwirkung bereits in der Verfügungsmacht des Deutschen Reiches standen, das sich diese durch eine generelle Anordnung der Gestapo entgegen rechtsstaatlichen Grundsätzen angemaßt hatte. Dabei kann es dahinstehen, ob es sich bei der generellen Anordnung um eine Erfassung, Sicherstellung oder schon Beschlagnahme gehandelt hat. Entscheidend ist, daß diese Maßnahme der späteren Verwertung durch Versteigerung diene, die, wie alle Zeugen ausgesagt haben, bald darauf angeordnet worden ist. Das aber zeigt, daß mit der generellen Erfassung im weitesten Sinne das Deutsche Reich die Verfügungsmacht den Eigentümern entzogen und auf sich übergeleitet hatte.

Damit ist der Antragsgegner rückerstattungspflichtig.

Die Höhe der Schadenersatzpflicht ergibt sich aus dem Gutachten des Sachverständigen Pötschl a.a.O. Dieser hat für das gesamte Umzugsgut einen Wiederbeschaffungswert per 1. April 1956 von DM 3 868,-- ermittelt. Dabei ist der Sachverständige zutreffend von der Liste ausgegangen, die die Antragstellerin mit Schriftsatz vom 22. Oktober 1962 bei der Behörde eingereicht hat. Unbeachtet bleiben mußten einige Sachen, die zusätzlich in der eidesstattlichen Versicherung der Antragstellerin vom 19.2.1963 enthalten sind, da kein Grund ersichtlich ist, weshalb die Antragstellerin in der ersten Liste nicht vollständig das gesamte Gut aufgeführt haben sollte. Da vorliegend nur über den Wert von 2 Kisten entschieden wird, und, wie sich aus den Gewichtsangaben auf der Karteikarte der Lagerhausgesellschaft ergibt, die drei Kisten 317 kg, die nach o.a. Karte ausgelieferte Kiste 100 kg gewogen hat, bietet sich an, den Wert des ausgebombten Gutes gemäß § 287 ZPO mit 2/3 der Gesamtsumme, d.h. mit DM 2 600,-- anzunehmen.



In dieser Höhe war daher der Antragsgegner zur Zahlung zu verurteilen.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit folgt aus Art. 68 amerik. MilReg.Ges. Nr. 59.

Voss

Denecke

v. Feldmann



Für die Ausfertigung:

*[Signature]*  
Justizangestellter

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des Landgerichts